

**Vortrag von Reiner Braun auf der
Konferenz der deutschen Sektion der Mayors for Peace**

in Potsdam am 11.06.2010

Die achte Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag (Non-Proliferation Treaty, NPT), die im Mai in New York stattfand, liegt jetzt hinter uns. Sie endete mit einem gemeinsamen Abschlussdokument.

Beachtet man die Tatsache, dass bei der NPT-Review-Konferenz im Jahr 2005 keine gemeinsame Abschlusserklärung verabschiedet werden konnte, so ist das jetzige Dokument schon als Fortschritt zu werten. Trotzdem konnte auch dieses Mal – und damit seit nunmehr 40 Jahren – kein Fahrplan hin zu nuklearer Abrüstung vereinbart werden. Die von der Mehrheit der Staaten geforderten Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention tauchen im Abschlussdokument nicht auf. Ebenso wenig wird die Frage nach der Beseitigung der substrategischen Atomwaffen erörtert.

Angesichts unserer Forderungen an die Konferenz, die wir in unserem Unterschriftenappell „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen!“ formuliert haben, aber auch angesichts des Beschlusses des Deutschen Bundestages zu dieser Konferenz kann das Ergebnis nur als mager und nicht den aktuellen atomaren Gefahren entsprechend bezeichnet werden. Somit bleibt aus Sicht der Friedens- und Anti-Atomwaffen-Bewegung auch unverständlich, dass Deutschlands Außenminister Guido Westerwelle das Ergebnis der diesjährigen Konferenz als „historisch“ bezeichnet. Der Begriff wird hinsichtlich des tatsächlichen Resultats deutlich überstrapaziert.

Die Ergebnisse der NPT-Konferenz 2010 sind alles andere als zufriedenstellend: Sie öffnen nicht den Weg zu einer Welt ohne Nuklearwaffen, sondern schreiben den Status Quo der atomaren Hochrüstung auf unbestimmte Zeit fest. Die Ergebnisse sind in vielen Punkten als höchst kritisch zu bewerten, denn sie sind nicht nur enttäuschend, sondern auch als extrem unverantwortlich und gefährlich einzustufen.

Zunächst einmal muss festgehalten werden, dass auch 2010 – zum 40. Jahrestag des Atomwaffensperrvertrags – der Artikel VI des Vertrages noch immer nicht umgesetzt worden ist. In diesem Artikel verpflichten sich die Atomwaffen besitzenden Staaten dazu, „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung“ (Art. VI NPT).

40 Jahre Nicht-Umsetzung des Artikels VI bedeuten 40 Jahre Rechtsbruch! Und dies nicht erst seitdem der Internationale Gerichtshof in Den Haag 1996 Atomwaffen generell für illegal und völkerrechtswidrig erklärt hat. Gegen Geist und Buchstaben des NPT-Vertrages und gegen das Urteil des Internationalen Gerichtshofes verweigern vor allem die vier Atommächte USA, Russland, Frankreich und

Großbritannien, sofortige Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention und über die komplette Abschaffung von Atomwaffen aufzunehmen. Stattdessen versuchen sie, mit leeren, unverbindlichen Versprechen die Mehrheit der Staaten und die Bevölkerung ruhig zu halten. Die vergangenen 40 Jahre des Bestehens des Atomwaffensperrvertrages und auch die Politik von US-Präsident Barack Obama haben daran bislang nichts ändern können.

Insofern muss der Atomwaffensperrvertrag als ein nun schon 40 Jahre währender Freibrief für die atomare Aufrüstung der Atomwaffenstaaten betrachtet werden. Auch das Ergebnis der diesjährigen Konferenz ist ein Dokument voller Unverbindlichkeiten und damit eine erneute Billigung für rechtswidriges Handeln. Ihre Bringschuld haben die Atomwaffen besitzenden Länder auch dieses Mal in New York nicht eingelöst. Vielmehr begehen sie durch die Nicht-Umsetzung des Artikels VI weiterhin permanenten Rechtsbruch. Für dieses kriminelle Verhalten gehören sie auf die Anklagebank. Abrechenbare und transparente Überprüfungsmechanismen müssen her, die stark genug sind, die Staaten zu konkreten Schritten zu verpflichten.

Die Ergebnisse der NPT-Konferenz in New York sind eine große Enttäuschung. US-Präsident Barack Obama, der seit seinem Amtsantritt und vor allem mit seiner Prager und Kairoer Rede im April beziehungsweise Mai 2009 und der Unterzeichnung des neuen START-Abkommens im März 2010 große Hoffnungen auf baldige Schritte hin zu einer atomwaffenfreien Welt geweckt hatte, untergräbt durch eigenes Handeln die Ergebnisse der diesjährigen NPT-Konferenz. Während die Konferenz im Mai in New York vonstatten ging, bewilligte er 80 Milliarden US-Dollar für die Modernisierung der US-Atomwaffen und erhöhte die Ausgaben für die Atomwaffenforschung in Einrichtungen wie zum Beispiel dem Livermore Laboratory um bis zu 40%. Damit widerspricht Obama seiner „Prager Vision“ und bleibt realpolitisch auf einer Linie mit den Nuklearwaffenpolitikern und der NATO-Politik.

Enttäuschend am NPT-Dokument ist außerdem, dass das Thema der substrategischen Waffen im Abschlussdokument keine Erwähnung findet und damit auch die Frage, was mit den in Deutschland stationierten US-Atomsprenghäupten in naher oder ferner Zukunft geschehen soll, nicht angesprochen wird.

Auch darf man die alarmierende Tatsache nicht außer Acht lassen, dass viele Länder im Gegenzug für eine mögliche atomare Abrüstung eine Aufrüstung von konventionellen Waffen und Raketenabwehrsystemen in Betracht ziehen. Das Aggressionspotenzial bleibt also bestehen.

Es ist offensichtlich, dass die Ergebnisse der NPT-Konferenz teilweise hinter den Vereinbarungen der Konferenz von 2000 und den „13 Schritten“ zurückbleiben: Die Option, die atomare Einsatzbereitschaft herunterzufahren, wurde aus dem Abschlussdokument gestrichen. Obwohl sich bei der diesjährigen Konferenz eine große Mehrheit der Staaten für eine Nuklearwaffenkonvention ausgesprochen hat, spiegelt das Abschlussdokument nur Unverbindlichkeiten wider, die de facto eine neue beziehungsweise weitere Aufrüstungsfreiheit bedeuten. Trotz der massiven Versuche der Staaten des Südens, der

nichtpaktgebundenen und der neutralen Staaten enthält das Abschlussdokument keinen Zeitplan, keinen Aktionsplan und keine verbindlichen Verpflichtungen hin zu atomarer Abrüstung. Dieses Ergebnis ist auch eine Desavouierung des UN-Generalsekretärs und seines Fünf-Punkte-Plans.

Bei positiver Anerkennung des Sinns einer atomwaffenfreien Zone im Mittleren und Nahen Osten bleibt festzuhalten, dass diese schon auf der NPT-Konferenz vor 15 Jahren beschlossen wurden und dass der Briefwechsel zwischen US-Präsident Obama und Israels Ministerpräsident Netanjahu wenige Tage nach diesem Beschluss die positiven Möglichkeiten einer solchen Konferenz zumindest stark einschränkt.

Auch für Deutschland gilt: Es gibt weiterhin keine konkreten Pläne zum Abzug der in Deutschland stationierten US-Atombomben. Darin wird die enttäuschende, passive Haltung der Bundesregierung im Bezug auf die NPT-Konferenz deutlich. Die Rede von Staatsminister Werner Hoyer auf der Konferenz war schwach und wenig überzeugend. Sie hielt sich – wie viele andere Reden auch – ganz an die „zurückhaltende“ Linie, die Hillary Clinton mit ihrer Rede in Tallinn auf der NATO-Außenministerkonferenz Ende April vorgegeben hatte. In Tallinn war deutlich geworden, dass NATO-Strategie auch für Europa immer Atomwaffenstrategie bedeutet.

Anstatt ein Mitläufer der Atomwaffenstrategie der NATO zu sein, sollte die Bundesregierung den unkonditionierten Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und die Aufnahme von Verhandlungen zur Nuklearwaffenkonvention fordern.

Die Ergebnisse der NPT-Konferenz sind als sehr gefährlich zu werten, denn sie bedeuten die Fortsetzung der Politik der nuklearen Abschreckung. Schon McNamara bezeichnete diese Abschreckungsdoktrin als „einen Ritt auf der Rasierklinge“, bei der die Menschheit bisher nur mit Glück und Zufall überlebt hat. Abschreckung bedeutet weiterhin atomare Geiselhaft. Hinzu kommt die höchst gefährliche Idealisierung und Unterstützung der Nuklearenergie, die während der Konferenz zum Ausdruck kamen. Die Tatsache, dass Atomenergie von vielen immer noch als die Energieform der Zukunft angesehen wird, ist mitverantwortlich für die riskante Situation. Das Hochjubeln der Kernenergie sehen die Friedens- und Anti-Atom-Bewegungen als unverständlich und kritisch an, denn Atomenergie bringt die Möglichkeit zur Entwicklung von Atomwaffen mit sich. Um einen Dual-Use – das heißt die militärische Nutzung der „zivilen“ Technologien der Kernenergie – zu verhindern, muss es letztendlich zu einer Loslösung von dieser höchst gefährlichen Energieform kommen.

Als letzter Kritikpunkt muss an dieser Stelle noch betont werden, wie unverantwortlich das Handeln der Atomwaffenstaaten und die daraus resultierenden Ergebnisse der NPT-Konferenz sind. Das NPT-Regime konnte durch die Konferenz nicht gestärkt werden. Vielmehr erweist sich das Resultat der Konferenz als Schwächung und Destabilisierung des Regimes. Im Abschlussdokument wird das vorherrschende Zwei-Klassen-System festgeschrieben. Es unterteilt in „Habende“ und „Habenichtse“: Auf der einen Seite stehen die offiziellen Atomwaffenstaaten, die durch den NPT zur Abrüstung verpflichtet sind. Auf der

anderen Seite stehen die Staaten, die aktuell nicht über Atomwaffen verfügen und sich durch den NPT dazu verpflichtet haben, auch in Zukunft keine Waffen dieser Art zu besitzen. Da das Abschlussdokument jedoch keine konkreten Schritte und Vorgaben zur Abrüstung der Atomwaffenstaaten enthält und diese ihre Atomwaffen ganz offensichtlich sogar modernisieren, offenbaren sich eine Reihe von Doppelstandards, die der internationalen Norm der Gleichberechtigung widersprechen. In diesem Klima der ungleichberechtigten Behandlung der Staaten wird der Nichtverbreitungsvertrag auf lange Sicht nicht mehr aufrechtzuerhalten sein. Die Frustration der „Habenichtse“ über die Nichteinhaltung früherer Zielsetzungen durch die Atomwaffenstaaten bedroht nicht nur die Existenz des NPT an sich, sondern verschärft auch noch die Gefahr der horizontalen Proliferation. 44 Staaten – von Ägypten bis Brasilien – besitzen die grundsätzlichen Technologien zur Entwicklung von Atomwaffen. Der brasilianische Außenminister zum Beispiel begründete Überlegungen in diese Richtung damit, dass Brasilien Atomwaffen brauche, um seine Ressourcen schützen zu können. Dieses Beispiel zeigt, dass die Nichtatomwaffenstaaten es sich nicht mehr lange gefallen lassen werden, den Atomwaffenstaaten bei der Modernisierung ihrer Nuklearwaffen und der konsequenten Missachtung des Artikels VI des Atomwaffensperrvertrages zuzuschauen. Die reale Gefahr, dass weitere Staaten atomar aufrüsten und aus dem Vertrag aussteigen könnten, zeigte sich auf der New Yorker Konferenz überdeutlich.

Fazit

Der Ausgang der diesjährigen NPT-Konferenz stellt uns vor große Herausforderungen. Die Ergebnisse sind alles andere als zufriedenstellend. Das gemeinsame Abschlussdokument unterstreicht nur, wie wenig die Atomwaffenstaaten zu konkreten Abrüstungsschritten bereit sind. Außerdem wurden auf der Konferenz die Gefahren der Idealisierung der Atomenergie als Energieform der Zukunft einerseits und der Unverbindlichkeit der Zielsetzungen deutlich. Insgesamt zeigt sich in alarmierender Weise, wie wenige konkrete Schritte in den vergangenen 40 Jahren in Richtung einer atomwaffenfreien Welt unternommen worden sind. Es muss außerdem bedacht werden, dass der Atomwaffensperrvertrag durch das unverantwortliche Handeln der offiziellen und der faktischen Atomwaffenstaaten in seinem Weiterbestehen stark bedroht ist.

Die Herausforderung liegt auf der Hand: Ohne ein aktives Weltbewusstsein ist eine atomwaffenfreie Welt nicht möglich. Die Friedensbewegung ist heute weit mehr als eine Bürgerbewegung! Die Eliten des Südens und Teile der Eliten des Nordens – darunter zum Beispiel Elder Statesmen und die Bürgermeister der Mayors for Peace – müssen zusammen neue Formen der Kooperation und des Handelns finden und umsetzen. Die große Zahl an Nichtregierungsorganisationen – darunter auch alle Organisationen unserer Koalition „für eine Zukunft ohne Atomwaffen“ haben mit vielfältigen Aktivitäten vor und während der NPT-Konferenz versucht, diese politisch positiv, das heißt im Sinne der Abschaffung aller Atomwaffen,

zu beeinflussen. Besonders ermutigend war diese starke Beteiligung von Menschen aus der Friedens- bzw. Anti-Atomwaffen-Bewegung während der Konferenz. Ein Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft ist entstanden.

Erfreulich ist auch, dass der Unterschriftenappell „Für eine Zukunft ohne Atomwaffen“ in kurzer Zeit mehr als 25000 UnterzeichnerInnen fand. Die Unterschriften konnten in New York persönlich an den Versammlungsleiter der NPT-Konferenz übergeben werden. Außerdem gelang es, fünf Beilagen zur Konferenz in deutschen Tageszeitungen zu veröffentlichen. Als herausragend können auch noch die internationale Konferenz der NGO's mit 1500 Teilnehmern sowie die eindrucksvolle Demonstration von 15000 Menschen in Manhattan gewertet werden.

Zur Resignation besteht also trotz der mageren Ergebnisse der New Yorker NPT-Konferenz kein Anlass. Die Nuklearwaffenkonvention ist endlich auf der internationalen Politikbühne angekommen. Nun stehen wir vor der Herausforderung, den weiteren Werdegang der Konvention aktiv mitzugestalten. Dazu ist ein langer Atem notwendig.

Es bleibt die Aufgabe, den politischen Druck auf die Regierungen besonders der NATO-Staaten zu erhöhen. Nukleare Abrüstung und eine Welt ohne Atomwaffen werden sicherlich nur durch kontinuierliches und wachsendes Engagement von immer mehr Menschen zu erreichen sein. Auch deshalb haben wir, die aktiven Träger der Koalition „für eine Zukunft ohne Atomwaffen“, bei unserem ersten NPT-Auswertungstreffen einheitlich beschlossen, auch in Zukunft zusammenzuarbeiten und unsere Aktivitäten gemeinsam fortzusetzen. Die internationale Kooperation soll ebenfalls fortgesetzt und ausgebaut werden.

Inhaltlich wollen wir uns auf folgende zwei Kernaussagen konzentrieren: Es muss weiterhin alles getan werden, um einen Abzug der in Deutschland stationierten Atomwaffen zu erreichen. Außerdem wollen wir daran mitwirken, dass die Verhandlungen zur Nuklearwaffenkonvention so bald wie möglich beginnen. Wir wollen erreichen, dass die Bundesregierung eine positive und konstruktive Rolle dabei spielt. Bedeutende Ereignisse, die wir in Hinsicht auf unsere Kernaussagen politisch begleiten wollen, liegen vor uns: Der 65. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima am 6. August, die NATO-Konferenz in Lissabon im November, auf der auch über die neue Nuklearwaffenstrategie entschieden wird, sowie die geplante internationale Konferenz der Mayors for Peace, um nur einige zu nennen. Wir haben außerdem vereinbart, die Unterschriftensammlung mit einem leicht aktualisierten Appell fortzusetzen. Die bisher gesammelten 25000 Unterschriften ermutigen uns zu diesem Schritt.

Die New Yorker NPT-Konferenz hat somit vor allem eines gezeigt: Nur durch neuartige Koalitionen, die Zusammenarbeit von Eliten des Südens und Teilen der Eliten des Nordens, von Staaten, Volks- und Friedensbewegungen werden wir einen Erfolg auf unserem Weg hin zu einer atomwaffenfreien Welt erzielen.